

Jung, europäisch und wählerisch – Forderungen zu den Europawahlen 2009

Inhalt



Impressum

Herausgeber

Deutscher Bundesjugendring e.V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Telefon: 0 30 / 4 00 40 4 00
Telefax: 0 30 / 4 00 40 4 22
E-Mail: info@dbjr.de
Internet: www.dbjr.de
Daniel Grein (V.i.S.d.P.)
November 2008

Der Ausgang des irischen Referendums über den Vertrag von Lissabon hat im Juni 2008 – fast genau ein Jahr vor den Europawahlen – ein Fragezeichen hinter die Reform der Europäischen Union gesetzt. Paradoxerweise können damit auch viele Änderungen, die EU demokratischer und bürgernäher zu gestalten, nicht in Kraft treten.¹ Die Überzeugungskraft der Gegner und eine mangelnde Kommunikation von Seiten der Befürworterinnen und Befürworter des Vertrags hat einmal mehr gezeigt, dass Europa sich seinen Bürgerinnen und Bürgern deutlicher präsentieren muss – daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Vertrag mittlerweile von der überwiegenden Mehrheit der nationalen Parlamente angenommen wurde. Wie es weitergehen wird, ist unklar. Klar ist aber, dass es weitergehen muss auf dem Weg zu einem „Europa der Bürger“.

Diese Situation stellt eine echte Herausforderung für die im Juni 2009 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament dar. Dabei spiegelt das Europäische Parlament wie keine andere Institution der Europäischen Union die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in Europa wider. Alle fünf Jahre können die Unionsbürgerinnen und -bürger direkt über seine Zusammensetzung entscheiden und damit Einfluss auf die Gestaltung Europas nehmen. Doch auch wenn die Bedeutung des Europäischen Parlaments in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen hat, sank die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen stetig. Gerade der Anteil der jungen Nichtwählerinnen und Nichtwähler war Besorgnis erregend hoch. So lag bei den Europawahlen 2004 die Beteiligung der 18- bis 21-jährigen Deutschen bei nur 35 %, acht Prozentpunkte niedriger als der Bundesdurchschnitt.

Das sollte nicht verwundern, wenn man weiß, dass 57 % der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland der Meinung sind, dass ihre Stimme in der EU nicht zähle.² Viele sind der Ansicht, dass ihre Auffassungen und Forderungen in der EU nicht berücksichtigt werden und haben das Gefühl, dass sich die meisten Politikerinnen und Politiker über den Wahltag hinaus nicht für ihre Bedürfnisse und Erwartungen interessieren.

Die kommenden Monate bieten deshalb eine hervorragende Chance, um möglichst viele Jugendliche für Europa zu interessieren und den Funken der Überzeugung, des Vertrauens und der Begeisterung für die europäische Einigung auf möglichst viele junge Europäerinnen und Europäer überspringen zu lassen. Die Jugendverbände im Deutschen Bundesjugendring werden gemeinsam mit ihren Partnern diese Herausforderung annehmen und mit zahl-

reichen Aktionen für die Beteiligung an den Europawahlen unter Jugendlichen werben.

Unsere Forderungen

Aktiv werden müssen aber insbesondere auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, die Entscheidungsträger/innen in den Parteien auf nationaler und europäischer Ebene, die Medien sowie alle weiteren beteiligten Akteure. Der Deutsche Bundesjugendring fordert sie auf, sich im Vorfeld der Europawahlen 2009 vor allem für folgende Ziele einzusetzen:

Für einen europäischen Wahlkampf

1. Jugendliche ernst nehmen

Jugendliche sind genauso gut wie Erwachsene in der Lage, ihre Interessen und Bedürfnisse zu formulieren und Forderungen zu stellen – auch in der Europapolitik. Doch fällt es ihnen schwerer, sich Gehör zu verschaffen, da sie von vielen Politikerinnen und Politikern oft nicht ernst genommen werden. Wir fordern deshalb insbesondere die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament auf, das direkte Gespräch mit jungen Menschen zu suchen, ihre Interessen, Forderungen und Bedürfnisse ernst zu nehmen und sich für sie einzusetzen – auch nach dem 7. Juni 2009.

2. Für junge Kandidatinnen und Kandidaten

Die Ideen junger Menschen und deren Beteiligung in Parlamenten sind zentral für eine lebendige Demokratie. Junge Abgeordnete sind näher an der jungen Generation dran und kennen ihre Bedürfnisse und Interessen. Leider sind sie in den Parlamenten unterrepräsentiert. Das Europäische Parlament bildet da keine Ausnahme. Wir fordern daher, dass ein relevanter Prozentsatz von jungen Kandidaten und Kandidatinnen unter 35 Jahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament aufgestellt wird.

3. Für einen Wahlkampf mit europäischen Themen

Der Wahlkampf für die Europawahlen ist größtenteils immer noch auf nationale Themen ausgerichtet. Gerade in Deutschland besteht aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahlen die Gefahr, dass der Europawahlkampf zu einem vorgezogenen Bundestagwahlkampf wird. Wir fordern die Parteien deshalb dazu auf, für ihren Wahlkampf insbesondere europäische Themen in den Fokus zu nehmen, die den Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert der Europäischen Union verdeutlichen.

Des Weiteren fordern wir die Parteien auf, europäische Wahlprogramme und Kampagnen zu entwickeln, die deutlich eine Agenda für die Zeit 2009 bis 2014 widerspiegeln. Dabei sollte auf die Bedürfnisse junger Menschen in Europa eingegangen und Themen der europäischen Außenpolitik, der Klimapolitik, der Migrationspolitik und der Sozialpolitik mit dem Ziel aufgegriffen werden, gerechte und gleiche Lebenschancen in ganz Europa zu erlangen. In diesen Bereichen, die von grenzüberschreitender Relevanz sind, erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht ein Handeln der europäischen Politik. Diese Erwartungshaltung bietet die Chance, die Menschen von der Bedeutung Europas zu überzeugen und sie für das europäische Projekt zu gewinnen – eine Chance, die Europa unbedingt

nutzen sollte. Nur so wird den Bürgerinnen und Bürgern eine deutliche Wahl zwischen verschiedenen Alternativen ermöglicht.

4. Die Europäische Union greifbarer machen

Um die Europäische Union für die europäischen Bürgerinnen und Bürger greifbarer und transparenter zu gestalten, sollten die europäischen politischen Parteien im Wahlkampf ihre Kandidaten und Kandidatinnen anhand eindeutiger Themen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit stellen.

Viele Menschen wissen ferner nicht, in welchen Parteifamilien die nationalen Parteien auf europäischer Ebene zusammengeschlossen sind, und sind durch die verschiedenen Parteibezeichnungen verwirrt. Um mehr Transparenz herzustellen, fordern wir deshalb die Parteien und die verantwortlichen Behörden in Deutschland auf, darauf hinzuwirken, dass auf den Wahlzetteln zu den Europawahlen die europäische Parteifamilie hinter der antretenden (deutschen) Partei erwähnt wird.

5. Medienpräsenz für eine europäische Öffentlichkeit

Eine europäische Identität ist untrennbar mit einer europäischen Öffentlichkeit verbunden. Europa- oder Weltmeisterschaften werden bereits in den Staaten gemeinsam erlebt – dieses Gemeinschaftsgefühl sollte auch im Rahmen der Europawahl entstehen. Der Deutsche Bundesjugendring fordert daher den verstärkten Einsatz moderner Medien zu den zentralen Themen des Wahlkampfes.

Für eine jugendgemäße Europapolitik

Die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen sollten auch nach den Wahlen in der Europapolitik eine Rolle spielen. Der Deutsche Bundesjugendring fordert die Abgeordneten im neu gewählten Europäischen Parlament deshalb dazu auf, sich während ihres Mandats aktiv für folgende Ziele einzusetzen:

1. Auslandsaufenthalt für alle jungen Europäer/-innen fördern

Die europäischen Mobilitätsprogramme haben in den letzten zwei Jahrzehnten viel dazu beigetragen, die Mobilität junger Europäerinnen und Europäer zu erleichtern. Trotzdem bleibt ihre Reichweite auf verhältnismäßig wenige junge Menschen beschränkt. Wir fordern deshalb, die bestehenden europäischen Mobilitätsprogramme auszuweiten und diese verstärkt zu bewerben, um möglichst allen jungen Menschen die Möglichkeit zu einem Aufenthalt im (europäischen) Ausland zu geben.

2. Abschaffung von Mobilitätshemmnissen für Jugendliche in ganz Europa

Immer wieder wird die Bedeutung von Jugendaustausch und Jugendbegegnungen für die Verwirklichung eines vereinten Europas hervorgehoben. Doch für viele Jugendliche, die in EU-Mitgliedsstaaten leben, sind die Möglichkeiten dazu stark eingeschränkt. Europa ist mehr als die EU! Wir fordern die EU deshalb dazu auf, bestehende Mobilitätshemmnisse für Jugendliche, die an Jugendaustauschmaßnahmen, -begegnungen oder anderen Aktivitäten der Jugendarbeit teilnehmen, abzubauen und beispielsweise Visa kostenlos auszustellen.

Fotos: Michael Scholl, Europäisches Parlament



3. Für einen europäischen Arbeitsmarkt

Auch innerhalb der EU bestehen immer noch Mobilitätshemmnisse. Der europäische Arbeitsmarkt fordert aber – gerade auch von jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen – immer mehr Flexibilität. Doch wenn man auch relativ problemlos in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten kann, sind die Sozialleistungen immer noch weitgehend national organisiert, was häufig zu Nachteilen und Unklarheiten führt. Wir fordern deshalb eine bessere Information über den Umgang mit erworbenen Ansprüchen bei Umzug in ein anderes EU-Land.

Um Berufserfahrung zu sammeln, machen viele Jugendliche Praktika während ihrer Ausbildung oder nach Beendigung ihres Studiums – oftmals unbezahlt. Die Möglichkeit, Praktika zu absolvieren, hängt damit oftmals von der Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit der Eltern ab. Der Deutsche Bundesjugendring fordert daher das Europäische Parlament auf, sich für eine Mindestvergütung für Praktikantinnen und Praktikanten einzusetzen. Abgeordnete des Parlamentes sollten sich ferner verpflichten, selbst keine unbezahlten Praktikantinnen und Praktikanten mehr zu beschäftigen.

4. Für mehr Wissen über die EU

Um bei politischen Entscheidungen verantwortungsvoll mitbestimmen zu können, benötigt jede Europäerin und jeder Europäer ein Grundwissen über die EU und ihr Funktionieren. Doch 72 % der deutschen Jugendlichen geben an, nur wenig oder (fast) gar nichts über die Europäische Union zu wissen.³ Die Vermittlung von Kenntnissen über die EU und europäische Politik muss deshalb in allen Feldern – in der Schule, im Betrieb, im Jugendverband etc. – zu einem festen Bestandteil werden. Wir fordern alle Akteure dazu auf, sich dafür einzusetzen.

5. Make it youthful! - Jugendliche in den Fokus des Europäischen Parlaments

Anfang September 2008 haben sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der Annahme der schriftlichen Erklärung zu „Youth Empowerment“ verpflichtet, künftig bei jedem gesetzlichen Vorgang dessen Auswirkungen auf junge Menschen in Europa zu berücksichtigen. Wir begrüßen diese Entscheidung und fordern die Abge-

ordneten des künftigen Europäischen Parlaments auf, den Entschluss umzusetzen und gleichzeitig die Initiative zu nutzen, mit den jungen Menschen in Europa verstärkt in Kontakt zu treten. Dies fordern wir insbesondere von den deutschen Abgeordneten, die bei der Unterzeichnung der Erklärung das traurige Schlusslicht unter den 27 EU-Mitgliedstaaten bildeten.

6. Förderung der grenzüberschreitenden Jugendbeteiligung

In den bestehenden Euregios und zukünftigen Eurodistrikten wird in vielen Fragen Grenzen überschreitend zusammengearbeitet. Dies sollte auch für den Jugendbereich gelten. Wir fordern deshalb die Schaffung von grenzübergreifenden Jugendpartizipationsstrukturen in den entsprechenden Gebieten, mittels derer Jugendliche an allen sie betreffenden Fragen aktiv beteiligt werden. Eine den wachsenden Aufgaben entsprechende ausreichende Finanzierung des Europäischen Jugendforums ist sicherzustellen.

7. 2011 - Europäisches Jahr des freiwilligen Engagements

Mehr als 100 Millionen Europäerinnen und Europäer engagieren sich ehrenamtlich – darunter auch viele Jugendliche. Ihr Engagement ist unbezahlbar – es ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zu einem solidarischen, aktiven, lebendigen und integrativen Europa. Um die Bedeutung des freiwilligen Engagements zu würdigen und gleichzeitig noch mehr Menschen davon zu überzeugen, fordern wir alle Verantwortlichen auf, sich dafür einzusetzen, dass – wie von vielen Seiten bereits gefordert – 2011 zum Europäischen Jahr des freiwilligen Engagements ausgerufen wird.

1 So sieht der Vertrag von Lissabon beispielsweise die Möglichkeit einer europäischen Volksinitiative sowie den Ausbau der Rechte des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente vor.

2 Quelle: Eurobarometer 65 (Frühjahr 2006)

3 Quelle: Eurobarometer 65 (Frühjahr 2006)

Glossar

Vertrag von Lissabon:

Der Vertrag von Lissabon wurde im Dezember 2007 von den 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Er soll den gescheiterten Verfassungsvertrag für Europa ersetzen und enthält somit viele Neuerungen, die auch im Verfassungsvertrag enthalten waren. Vorgesehen sind unter anderem eine Modernisierung der Institutionen sowie eine Optimierung der Arbeitsprozesse der EU, um mehr Effizienz zu gewährleisten.

Bis Ende 2008 sollte der Vertrag von allen Mitgliedsländern ratifiziert sein, um am 1. Januar 2009 in Kraft treten zu können. Die Ratifizierung geschah hauptsächlich durch Abstimmungen in den nationalen Parlamenten. Bis auf Schweden und Tschechien ist in allen Ländern der Ratifizierungsprozess bereits angelaufen und größtenteils abgeschlossen. Das einzige negative Votum fand bisher in Irland durch einen Volksentscheid (Referendum) statt, bei dem 53,4 % der Wähler/innen den Reformvertrag ablehnten. Über den weiteren Umgang mit dem Vertrag von Lissabon wird derzeit in der europäischen Politik diskutiert.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist eines der fünf Hauptorgane der EU und stellt die Vertretung von rund 490 Millionen Menschen in Europa dar. Ihm gehören 732 Abgeordnete der einzelnen EU-Mitgliedstaaten an. Alle fünf Jahre werden die Abgeordneten in nationalen Wahlkreisen gewählt; die Sitzanzahl hängt dabei von der Bevölkerungsstärke des jeweiligen Landes ab. Die Abgeordneten gruppieren sich im Europäischen Parlament länderübergreifend nach politischen Fraktionen, welche im Wesentlichen den europäischen politischen Parteien entsprechen.

Die regulären monatlichen Plenarsitzungen und die Haushaltsberatungen finden in Straßburg statt, weitere Plenarsitzungen und die Sitzungen der Ausschüsse in Brüssel.

Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments liegen sowohl in der Gesetzgebung (allerdings ohne Initiativrecht), als auch in der Budgetierung des EU-Haushalts und der Kontrolle der Europäischen Kommission.

Europäische Kommission / Kommissionspräsident/in

Die Europäische Kommission ist im politischen System der Europäischen Union die Exekutive und als solche für die Umsetzung der Beschlüsse von Ministerrat und Europäischem Parlament zuständig. Außerdem hat sie ein Initiativrecht und kann somit Gesetze vorschlagen. Sie wird auch „Hüterin der Verträge“ genannt, da sie über die Einhaltung und Durchführung der europäischen Vertragswerke wacht.

Alle fünf Jahre wird die Kommission neu besetzt. Die Kommission besteht aktuell aus 27 Kommissaren/innen aus je einem EU-Mitgliedsland, von denen einer als Kommissionspräsident/in (derzeit der Portugiese José Manuel Barroso) die Kommission leitet. Jedem Kommissar bzw. jeder Kommissarin ist ein bestimmtes Aufgabengebiet zugeteilt, um das er/sie sich besonders kümmert.

Euregio

Euregio (auch Europaregion oder Euroregion) ist eine Bezeichnung von länderübergreifenden Regionen in Europa, meistens mit wirtschaftlichem Schwerpunkt. Sie sollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Regionen selbst in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht fördern. Beispielhaft zu nennen seien die Euregio zwischen den grenznahen Gebieten der Niederlande und Niedersachsen oder die baltische Euregio, bei der Dänemark, Litauen, Polen, Russland sowie Schweden zusammenarbeiten.

Eurodistrikt

Ein Eurodistrikt ist ein grenzüberschreitender Kooperationsraum einer europäischen Metropolregion, die sich über Städte und Gemeinden in zwei oder mehr Staaten ausdehnt. Ein Eurodistrikt bietet Programme für die Zusammenarbeit und Integration der Städte und Gemeinden dieses Raums, so zum Beispiel die Verbesserung der Verkehrsverbindungen für die Menschen, die auf beiden Seiten der Grenze leben und arbeiten. Der Begriff Eurodistrikt ist relativ neu und noch nicht von Organisationen wie dem Europarat oder der Europäischen Union definiert. Eine Abgrenzung zu den Europaregionen ist im Einzelfall schwierig, wobei der Fokus des Eurodistrikts mehr auf dem Ballungsraum liegt. Ein existierender Eurodistrikt ist beispielsweise der zwischen Straßburg (Frankreich) und Ortenau.

Schriftliche Erklärung „Youth Empowerment“

Die schriftliche Erklärung „Youth Empowerment“ geht zurück auf eine Initiative des Europäischen Jugendforums (YFJ), das gemeinsam mit fünf Erstunterzeichnern/innen dieses Instrument des Europaparlaments

nutzte, um ein ressortübergreifendes Verständnis für Belange junger Menschen in europäischen Politikprozessen zu verankern. Die Erklärung wurde in der ersten Plenarwoche nach der Sommerpause vom Parlament offiziell angenommen, nachdem sie von mehr als der Hälfte der 785 Mitglieder innerhalb von drei Monaten unterzeichnet worden war. Mit der Annahme verpflichtet sich das Europäische Parlament, zukünftig bei jedem legislativen Vorgang dessen Auswirkung auf junge Menschen in Europa zu berücksichtigen. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wird das Parlament daher künftig Politikfolgenabschätzungen für Jugendliche besonders herausarbeiten.

Europäisches Jahr

Seit 1983 wählt die EU jedes Jahr ein Aktionsthema aus, um die EU-Bürger/innen für die betreffende Frage zu sensibilisieren und die Regierungen der Mitgliedstaaten darauf aufmerksam zu machen. Dementsprechend ist jedes Europäische Jahr Gegenstand einer Sensibilisierungskampagne auf europäischer und nationaler Ebene. Die Themen werden mehrere Jahre im Voraus ausgewählt. Im Jahr 2008 findet das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs statt. Es soll dazu dienen, allen Menschen, die in der Europäischen Union leben, deutlich zu machen, wie wichtig eine aktive und weltoffene Unionsbürgerschaft ist, welche die kulturelle Vielfalt respektiert und sich auf gemeinsame Werte gründet.

Europäische Mobilitätsprogramme

Die Europäische Union hat zum Ziel, den EU-Bürgern/innen Mobilität zu ermöglichen. Die Gemeinschaft setzt sich dafür ein, dass es den Bürgern/innen ermöglicht wird, sich zu Ausbildungszwecken, aus beruflichen Gründen, aus Gründen der Gesundheitsversorgung oder anderen Gründen frei in der Union zu bewegen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedene Europäische Mobilitätsprogramme ins Leben gerufen, so zum Beispiel Europäische Freiwilligendienste, das ERASMUS-Programm zur Förderung der Mobilität von Studierenden und vieles mehr.

Europäische Parteienfamilie

Im Europäischen Parlament gibt es derzeit sieben Fraktionen sowie eine Reihe von fraktionslosen Abgeordneten. In ihren Heimatländern sind die Abgeordneten Mitglied in rund 160 verschiedenen Parteien, die sich auf europäischer Ebene größtenteils zu Europaparteien zusammengeschlossen haben. Diese Europaparteien gehören jeweils zu einer Europäischen Parteienfamilie, die Abgeordnete mit ähnlichen politischen Ansichten vereint. So gibt es beispielsweise die „Sozialdemokratische Partei Europa“, die „Europäische Volkspartei“, die „Europäische Grüne Partei“ und die „Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei“, die alle nationalen Parteien, die ihnen politisch nahestehen, umfassen.

Europäisches Jugendforum

Das Europäische Jugendforum oder auch Youth Forum Jeunesse (YFJ) wurde 1996 von nationalen Jugendringen aus ganz Europa sowie internationalen nichtstaatlichen Jugendorganisationen gegründet. Heute sind knapp 100 Mitgliedsorganisationen unter seinem Dach versammelt. Vorläuferorganisationen waren der Rat der Europäischen Jugendringe (CE-NYC), das Europäische Koordinierungsbüro der internationalen nichtstaatlichen Jugendorganisationen (ECB) und das Jugendforum der Europäischen Union (YFEU). Das Ziel der Arbeit des Europäischen Jugendforums ist es, durch seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, dem Europarat und der UN-Organisation auf Standpunkte von europäischen Jugendlichen aufmerksam zu machen. Es setzt sich aktiv für die Partizipation junger Menschen an der Gestaltung Europas und für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ein. Außerdem unterstützt das Europäische Jugendforum die Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen. Website: www.youthforum.org

Von der 81. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings am 24./25.10.2008 in Berlin bei zwei Gegenstimmen beschlossen.